

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 6

Artikel: Universitätsprobleme in Amerika
Autor: Schindler, Dietrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160204>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

UNIVERSITÄTSPROBLEME IN AMERIKA

von DIETRICH SCHINDLER

Parallel mit den Bemühungen der Vereinigten Staaten zur Verstärkung der wirtschaftlichen und militärischen Stellung der freien Welt geht im Innern Amerikas eine Bewegung zur *Erhaltung und Förderung des amerikanischen Gedankengutes* und zur *Ausschaltung unamerikanischer Elemente*. Es ist gewissermaßen eine geistige Landesverteidigung, die sich jedoch, im Gegensatz zur militärischen und wirtschaftlichen, auf Amerika allein beschränkt. Je länger je mehr hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß der Bestand Amerikas nur dann gesichert ist, wenn die Ideen und Kräfte, die Amerika zur heutigen Größe und Bedeutung gebracht haben, ihre Lebendigkeit behalten.

Diese Bestrebungen haben natürlich eine ganz besondere Bedeutung im Erziehungswesen. Schul- und Universitätsfragen haben in den letzten Jahren oft zu großen und zum Teil heftigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit geführt. So hat etwa die Forderung, private Schulen der unteren Schulstufe durch öffentliche Mittel zu unterstützen, eine Kontroverse über Wert und Unwert der Privatschulen hervorgerufen, wobei insbesondere bezweifelt wurde, ob die Privatschulen, die sich oft nur aus Angehörigen bestimmter religiöser Gruppen oder bestimmter Einkommensklassen zusammensetzen, den Schülern jene gemeinsamen Überzeugungen beizubringen vermöchten, auf denen die amerikanische Demokratie beruht. Auf der Stufe der Universitäten, von denen hier allein die Rede sein soll, stehen seit einigen Jahren zwei Probleme im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion. Erstens hat der Wunsch, die Kommunisten aus allen wichtigeren Stellungen zu entfernen, zur Frage geführt, ob kommunistische Universitätslehrer als Dozenten beibehalten werden könnten. Dies warf die weitere Frage auf, ob Untersuchungen über kommunistische Umtriebe in Universitäten nicht die akademische Freiheit beeinträchtigten. Zweitens wurde durch den zunehmenden Andrang zum Studium und die fortschreitende Spezialisierung in den höheren Bildungsstätten eine gesamthaft Planung und Koordination der höheren Bildung wünschenswert. Beide Probleme sind sehr weitschichtig. Es ist schon eine reiche Literatur dazu entstanden, die fast täglich durch Berichte in den Zeitungen weiter vermehrt wird. Es kann hier nur ein stichwortartiger Überblick gegeben werden.

Bei der Diskussion über die Frage der Beibehaltung kommunistischer Professoren und der Kontrolle der Loyalität der akade-

mischen Lehrerschaft ist gelegentlich ein Präzedenzfall aus dem ersten Weltkrieg erwähnt worden, der das Problem schon klar beleuchtete. Vereinzelte Universitäten begannen damals deutschfreundliche Professoren zu entlassen. An der Harvard-Universität wirkte zu jener Zeit Prof. Hugo Münsterberg, dem eine stark prodeutsche Haltung vorgeworfen wurde. Das Problem seiner Entlassung wurde akut, als ein ehemaliger Student der Universität erklärte, er werde eine Schenkung von zehn Millionen Dollar an die Universität annullieren, wenn Münsterberg nicht sofort entlassen werde. Die leitende Körperschaft der Universität wies dieses Ansinnen aber in einer denkwürdigen Erklärung als Angriff auf die akademische Freiheit zurück und behielt den Professor. Heute ist das Problem allerdings komplizierter. Jedermann in Amerika erkennt die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen Kommunisten in den eigenen Reihen. Die Ausschaltung von kommunistischen Lehrern der unteren Schulstufen erweckte deshalb kaum Bedenken. Der Ausschluß der Kommunisten aus den Universitäten dagegen erwies sich als problematisch.

Freilich zweifelt niemand an der Unerwünschtheit von Kommunisten in den Universitäten. Auch ist es klar, daß heute keine Universität mehr einem Kommunisten eine Lehrstelle offerieren würde. Etwas fragwürdiger ist es, ob kommunistische Professoren, die bereits im Amt sind und ihre Stellung in keiner Weise zu kommunistischer Propaganda mißbrauchen, entlassen werden sollten. Die zwei großen Spaltenverbände der amerikanischen Universitäten haben kürzlich in dieser Frage zwei voneinander leicht abweichende Ansichten vertreten. Die «American Association of Universities», eine Vereinigung der Präsidenten der Universitäten, erklärte, daß die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei das Recht auf eine Universitätsstellung zum Erlöschen bringe. Die «American Association of University Professors», die etwa ein Viertel der amerikanischen Universitätsprofessoren umfaßt, vertrat dagegen die Ansicht, nicht die Mitgliedschaft in einer Organisation, sondern die Integrität und persönliche Fähigkeit eines Universitätslehrers sollten für die Frage der Entlassung maßgebend sein. Im Laufe der letzten Jahre und Monate sind nun allerdings bereits zahlreiche Universitätslehrer, die der kommunistischen Partei angehören, entlassen worden. Die in den letzten Jahren vom Bund und von vielen Einzelstaaten erlassenen Gesetze, die jegliche Unterstützung kommunistischer oder sonst revolutionärer Bestrebungen strafbar erklären, haben die rasche Elimination von Kommunisten stark gefördert.

Der am meisten umstrittene Punkt des Problems der kommunistischen Professoren ist indessen nicht die Frage der Entlassung der Professoren, sondern die Frage, ob in den Universitäten Untersuchungen durchgeführt werden sollten, um geheime Kommunisten

aufzudecken. Untersuchungen über Loyalität und politische Gesinnung in Universitäten sind bekanntlich eine für die akademische Freiheit gefährliche Angelegenheit. Die ersten Erfahrungen mit Untersuchungen wurden 1948 und 1949 an den beiden großen Universitäten im Westen des Landes, der von Californien und der des Staates Washington, gemacht. Als staatliche Institutionen stehen diese Universitäten stärker unter dem Einfluß der politischen Behörden als die privaten Universitäten. Im Jahre 1948 setzte das Parlament des Staates Washington eine Kommission zur Abklärung kommunistischer Umtriebe in der Universität ein. Es stellte sich dabei heraus, daß von den 700 Lehrkräften der Universität zehn damalige oder frühere Mitglieder der kommunistischen Partei waren. Die meisten derselben wurden in der Folge entlassen. In der Universität von Californien wurde im Jahre 1949 ein Loyalitätseid eingeführt, wobei jeder Professor eine Erklärung zu unterzeichnen hatte, daß er nicht Mitglied der kommunistischen Partei sei. Einige bedeutende Professoren widersetzten sich aber diesem Vorgehen, das sie als mit der akademischen Freiheit nicht vereinbar betrachteten. Etwa vierzig Mitglieder des Lehrpersonals weigerten sich, die Erklärung zu unterzeichnen. Es kam darauf zu einem Konflikt zwischen der akademischen Lehrerschaft, die für die Beibehaltung der sich weigernden Lehrer eintrat, und der staatlichen Aufsichtsbehörde, die deren Entlassung beschloß. Die Auseinandersetzungen waren so schwer, daß nachher gesagt wurde, die wenigen möglichen Kommunisten hätten der Universität nie einen so schweren Schaden beifügen können, wie die vorgefallenen Ereignisse es getan hätten.

Die Bemühungen Senator McCarthy's zur Bekämpfung des Kommunismus haben nun dazu geführt, daß zu Beginn dieses Jahres zwei Kommissionen des amerikanischen Kongresses — eine des Senats unter Leitung Senator Jenners, und eine des Repräsentantenhauses unter Leitung des Repräsentanten Velde — damit begannen, Untersuchungen über kommunistische Umtriebe in den Universitäten durchzuführen. Der Kongreß ist allerdings nicht berechtigt, ins Erziehungswesen einzugreifen; er hat jedoch die Kompetenz, Maßnahmen für die innere Sicherheit zu treffen, und kann hiefür eigene Untersuchungen, insbesondere Zeugeneinvernahmen (Hearings) durchführen. Die Hearings bestehen darin, daß akademische Lehrer, die kommunistischer Verbündungen verdächtigt werden, als Zeugen vor die Kommissionen geladen und über ihre angeblich kommunistische Tätigkeit befragt werden. Die Einvernahmen sind oft öffentlich und werden gelegentlich auch durch Radio und Fernsehen übertragen. Die Enthüllungen eines Zeugen über seine kommunistischen Handlungen werden deshalb sofort bekannt und wirken vernichtend für seinen Ruf. Auch sind sie meistens Grund für die nach-

herige Entlassung aus der Universität. Es wird deshalb nicht zu Unrecht gesagt, die Hearings hätten in diesem Fall eine ähnliche Wirkung wie ein Strafverfahren. Die einvernommenen Zeugen seien im Grunde Angeklagte, wobei ihnen aber der Schutz eines vor Gericht Angeklagten nicht zusteht. Die Zeugen haben jeweils auch die Namen ihrer Gesinnungsfreunde zu nennen, wodurch weitere Personen in Mißkredit gezogen werden. Ein vorgeladener Zeuge ist verpflichtet, auf die Fragen zu antworten. Er hat allerdings das Recht, das Zeugnis zu verweigern, wenn es für ihn nachteilig wäre. Wenn er aber bei der Frage, ob er Mitglied der kommunistischen Partei sei oder je gewesen sei, von diesem Recht Gebrauch macht, so kommt dies praktisch auf eine Bejahung der Frage hinaus. Die meisten akademischen Lehrer, die sich bisher auf diese Rechte beriefen, sind nachher auch tatsächlich entlassen worden.

Von akademischer Seite wird gegen diese Untersuchungen geltend gemacht, sie führen zu gegenseitigem Mißtrauen und zu Verdächtigungen, und sie veranlaßten die Universitätslehrer zu übermäßiger Vorsicht in ihren Äußerungen. Die Professoren würden aufhören, Ansichten zu vertreten, die der allgemeinen Meinung zuwiderlaufen, aus Angst, in Untersuchungen hineingezogen zu werden. Neue schöpferische Ideen würden unausgesprochen bleiben, und es werde ein standardisiertes Denken entwickelt, wodurch der Fortschritt der Wissenschaft verunmöglicht werde. Daß diese Gefahren wirklich bestehen, zeigt sich schon heute in der größeren Vorsicht bei der Meinungsäußerung und in der Zurückhaltung gegenüber liberalen Vereinigungen. Ein Konformismus in geistigen Dingen aber könnte unerwünschte Folgen haben. James B. Conant, der bisherige Präsident der Harvard-Universität und heutige amerikanische Hochkommissar in Deutschland, schrieb in seinem letzten Jahresbericht für die Harvard-Universität über diese Gefahr: «Es wäre ein dunkler Tag für die Vereinigten Staaten, wenn die Tradition des Andersdenkens aus den Universitäten vertrieben würde. Denn es ist die Freiheit, anderer Meinung zu sein und gegen die herrschenden Autoritäten in intellektuellen Dingen zu kämpfen, welche die amerikanische Nation zu dem gemacht hat, was sie heute ist. In der Tat ich möchte weitergehen und sagen, daß die Pioniere unserer industriellen Gesellschaft Leute mit abweichenden Meinungen (Dissidents) waren, welche die Orthodoxie in bestimmten Gebieten angriffen und erfolgreich angriffen.»¹⁾

*

*

*

¹⁾ Den besten Überblick über die besprochenen Probleme bieten Alan Barth, «The Loyalty of Free Men», 1951, und Walter Gellhorn, «The States and Subversion», 1952.

Das Problem des Zudranges zu den Universitäten wirft ein Licht auf die eigenartige Stellung der Colleges im amerikanischen Erziehungssystem. Die heutigen amerikanischen Universitäten bestehen regelmäßig aus einer unteren Stufe, dem College, und einer oberen Stufe, den graduate und professional schools. Im College führt ein vierjähriger Studiengang, der zu einem großen Teil der Allgemeinbildung gewidmet ist, zum Grad eines «Bachelor of Arts» oder «Bachelor of Science». Die obere Stufe der Universitäten entspricht ungefähr den Fakultäten einer europäischen Universität, ist aber nur für Absolventen eines College zugänglich. Das Spezialstudium in verschiedenen Fakultäten beginnt in Amerika später als in Europa. Der Zudrang zum Studium ist nun fast ausschließlich ein Problem der Colleges. Diese haben sich im Laufe der letzten fünfzig Jahre außerordentlich stark vermehrt, was sich aus folgenden Zahlen ergibt: Im Jahre 1900 absolvierten 4% der amerikanischen Bevölkerung im Alter von 18—21 Jahren das College, im Jahre 1950 waren es deren 30%. Allerdings ist die Höhe der letzteren Zahl teilweise noch auf den Nachholbedarf der Nachkriegszeit zurückzuführen. Die heutige Normalzahl wird auf 20% geschätzt. Aber es ist immer noch erstaunlich, daß heute ein Fünftel der Bevölkerung der genannten Altersklasse die volle Zeit dem Besuch einer höheren Lehranstalt widmet. Diese Zahl ist um ein Mehrfaches größer als in irgend einem andern Land.

Die gewaltige Ausdehnung der Colleges wird darauf zurückgeführt, daß es seit Anfang dieses Jahrhunderts mehr und mehr «fashionable» wurde, ins College zu gehen. Während ursprünglich, ähnlich wie in Europa, fast nur Juristen, Mediziner, Theologen u. a. ein College absolvierten, wurden in immer stärkerem Maße auch die für andere Berufe bestimmten Leute ins College geschickt. Immer mehr verbreitete sich die Auffassung, daß das College für jeden gut sei, ohne Rücksicht auf den zukünftigen Beruf. Diese Tendenz wurde durch die üppig fließenden Stipendien noch begünstigt.

Die Popularisierung der Colleges blieb nicht ohne Rückwirkung auf deren Charakter. Den sehr verschieden gearteten Interessen und unterschiedlichen Begabungen mußte Rechnung getragen werden. Die Lehrfächer der Colleges wurden stark vermehrt, und den Studenten wurde Freiheit in der Auswahl gegeben. Dies führte zu einer Vernachlässigung des ursprünglichen Gedankens der Allgemeinbildung und zu einer zunehmenden Spezialisierung, wobei allerdings der abschließende akademische Grad in der Regel derselbe blieb. Es wurden auch viele neue Colleges mit Spezialbildung gegründet. Gleichzeitig verstärkte sich der Qualitätsunterschied.

Diese auseinanderstrebende Entwicklung rief das Bedürfnis nach

einer besseren Koordination hervor. Der zweite Weltkrieg und der nachherige kalte Krieg mit dem Bestreben nach bestmöglicher Ausnützung der vorhandenen Kräfte machten eine solche Koordination zur nationalen Aufgabe. Im Jahre 1946 setzte Präsident Truman zu diesem Zweck eine Kommission ein, die 1947 einen umfangreichen Bericht mit dem Titel «Higher Education for American Democracy» veröffentlichte. Die Kommission schlug vor, den Besuch der Colleges einem noch größeren Teil der Bevölkerung zu ermöglichen und hiefür Bundesgelder zu verwenden. Der Bericht fand allerdings keine allgemeine Zustimmung, da er etwas zu stark auf der Auffassung basierte, das College sei gut für jedermann.

Schon im Jahre 1945 verfaßte eine Kommission von Professoren der Harvard-Universität einen sehr viel beachteten Bericht mit dem Titel «General Education in a Free Society», der sich grundsätzlich mit dem Problem der Erziehung und Bildung in der amerikanischen Demokratie auseinandersetzte. Die Kommission kam zum Schluß, daß der Zersplitterung und Spezialisierung in den Colleges durch eine verstärkte Betonung der Allgemeinbildung entgegengewirkt werden müsse. Auf Grund einer Bewertung der Lehrfächer und Lehrmethoden wurde ein neues Lehrprogramm für das Harvard-College aufgestellt, das in den letzten Jahren eingeführt wurde und dem auch andere Colleges folgten. Die Frage der Ausdehnung oder Beschränkung der Studentenzahl wurde in dem Bericht nicht behandelt. Dies geschah jedoch anfangs dieses Jahres in einem Buch des bereits erwähnten James B. Conant²⁾). Im Gegensatz zum Bericht der Kommission Präsident Trumans hält Conant eine weitere Ausdehnung und Vermehrung der Colleges nicht für wünschenswert. Er möchte im Gegenteil eher auf eine Beschränkung hinwirken und für Studenten, die nicht auf ein Spezialstudium hinzielen, statt des vierjährigen College ein zweijähriges «fashionable» machen.

Europäer, die das amerikanische Studiensystem mit dem europäischen vergleichen, wundern sich oft, daß in Amerika die Spezialausbildung in den Universitäten so weit hinausgeschoben wird, und fragen sich, ob nicht ein kürzeres College genügen würde. Ein Versuch in dieser Richtung wurde vom bisherigen Präsidenten der Universität von Chicago, Robert M. Hutchins, gemacht. Hutchins, eine außergewöhnlich unabhängige denkende Persönlichkeit, wurde im Jahre 1929 als Dreißigjähriger zum Präsidenten der Universität von Chicago, einer der führenden Amerikas, gewählt. Es ging ihm darum, das Studium in den Colleges intensiver zu gestalten. Er erregte

²⁾ Conant, «Education and Liberty», Harvard University Press, 1953. Die oben angeführten Zahlen über Studenten in den Colleges sind diesem Buch entnommen.

großes Aufsehen, als er zunächst den Fußball im College abschaffte. Eine zweite noch revolutionärere Tat war es, daß er es jedem Fähigen ermöglichte, den «*bachelor's degree*» statt nach vier Jahren schon nach zwei Jahren zu erwerben. Diese Neuerung bewährte sich. Hutchins, der eine umstrittene Persönlichkeit blieb, trat im Jahre 1951 von seinem Amt zurück, um in die Leitung der neuen Ford-Stiftung überzutreten. Unter seinem Nachfolger hat sich nun eine Gegenrevolution vollzogen. Die Neuerungen wurden rückgängig gemacht und die vierjährige Studienzeit wieder allgemein vorgeschrieben.

Die Universitätsprobleme in Amerika sind in mancher Beziehung verschieden von denjenigen in Europa. Die wesentlichste Verschiedenheit liegt wohl darin, daß in Amerika die Universitäten, insbesondere die Colleges, sich zu Institutionen der Volksbildung entwickelt haben, während sie in Europa, wie ursprünglich, ausschließlich Stätten der eigentlich wissenschaftlichen Ausbildung geblieben sind. Dieser Umstand hat in Amerika nicht nur zu besonderen Problemen des Bildungsganges geführt, sondern auch das Problem der Loyalität in den Universitäten besonders akut gemacht.